

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

41 (17.2.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zurücklich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25 auf den Monatsersten angenommen werden.

B. / 52. Jahrgang

Samstag den 17. Februar 1951

Nr. 41

Dr. Böckler gestorben



Dr. h. c. Hans Böckler, der 70jährige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist am Freitagabend in einer Kölner Klinik gestorben.

Zum Tod Dr. h. c. Hans Böcklers

(UP). Hans Böckler wurde am 26. Februar 1875 als Sohn eines Fuhrmannes in Trautskirchen (Mittelfranken) geboren und erlernte den Beruf eines Silber- und Goldschlägers. Am 15. 6. 1894 trat er der SPD und dem deutschen Metallarbeiterverband bei. Er bekleidete im Saargebiet, in Frankfurt a. M. und in Schlesien Funktionärposten und übernahm 1912 die Redaktion der Metallarbeiterzeitung in Berlin. Im ersten Weltkrieg war Böckler Soldat. Nach dem Krieg betätigte er sich wieder in gewerkschaftlichen Funktionen und wurde 1923 von der SPD als Abgeordneter in den Reichstag entsandt. Während der Nazizeit wurde Böckler verfolgt und mehrmals verhaftet. 1945 organisierte Böckler die Gewerkschaftsbewegung im Rheinland. 1947 wurde er Vorsitzender des deutschen Gewerkschaftsbundes für die britische Zone. Der greise Gewerkschaftler, dem die Rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät Köln am 26. Februar 1948 den Ehrendoktor verlieh, übernahm am 14. Oktober 1949 das höchste Amt im Deutschen Gewerkschaftsbund der Bundesrepublik, der 5,1 Millionen Mitglieder zählt. Der Nachfolger Böcklers muß vom DGB-Bundesauschuß gewählt werden. Die Vertreter Böcklers im Bundesvorstand sind gegenwärtig: Matthias Föcher, Hans vom Hoff, Georg Reuter.

Rüstung als Vorbeugung

Acheson kündigt Verträge an

Washington (UP). Der amerikanische Außenminister Dean Acheson erklärte in einer gemeinsamen Sitzung des Außenpolitischen und des Militärausschusses des Senats, die Vereinigten Staaten müßten „jetzt“ noch weitere Truppen nach Europa entsenden, um einen Krieg zu verhindern und, für den Fall, daß dennoch ein Krieg ausbrechen sollte, den Sieg des Westens sicherzustellen. Acheson kündigte zugleich eine Verdoppelung der Stärke der westlichen Truppen in Europa an und fügte hinzu: „Wir müssen die Aufstellung der Streitkräfte weiter vorantreiben. Auf sie gründet sich die Hoffnung der gesamten zivilisierten Welt.“

Das atlantische Verteidigungsprogramm habe drei Ziele: „Erstens das Ausbrechen eines Krieges zu verhindern, zweitens die Sowjetunion daran zu hindern, ihre aggressiven Absichten durch andere Mittel als den Krieg durchzusetzen und drittens, den freien Nationen die Sicherheit zu geben, daß sie nicht unterliegen werden, falls ein Krieg hereinbrechen sollte.“

Fortsetzung auf dem Petersberg

Ein Sprecher des Amtes des US-Hochkommissars gab nach Schluß der Sitzung des deutsch-alliierten Militärexpertenausschusses auf dem Petersberg bekannt, daß die Verhandlungen genau wie bisher ohne jegliche Verzögerung weitergeführt würden und keine Änderung der Pläne im Zusammenhang mit dem Eisenhower-Besuch oder der Möglichkeit einer Viermächtekonferenz eingetreten sei. Wie in diesem Zusammenhang zuverlässig verlautet, haben die alliierten Sachverständigen den deutschen Gesprächspartnern die Antworten auf verschiedene Anfragen und Vorschläge übermittelt, die in der Zwischenzeit den Regierungen der USA, Großbritannien und Frankreichs von den alliierten Sachverständigen zur Stellungnahme zugeleitet worden waren.

60 Panzer für Italien. In Neapel traf der amerikanische Frachter „Margaret Lickes“ mit 60 für Italien bestimmten amerikanischen Panzern an Bord ein.

Schwedisches Schiff zerbrach. Der schwedische 5000-BRT-Frachter „Christa Salen“ ist auf dem Pazifischen Ozean, etwa 130 km südöstlich Tokio in zwei Teile zerbrochen. Ein Funk-Notruf des Schiffes wurde in Tokio aufgefangen.

Deutsche Vorkriegsschulden anerkannt

Einzelverträge mit Gläubigern vorgeschlagen - Lehr fordert Bundespolitik

Bonn (UP). Der außenpolitische Ausschuss des deutschen Bundestages hat sich am Freitag nach einem kurzen Referat von Bundeskanzler Dr. Adenauer über die Anerkennung der deutschen Vorkriegsschulden geäußert.

Bei den Verhandlungen zwischen dem Bundeskanzler und dem Ausschuss des Bundestages wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß eine formelle Anerkennung der Vorkriegsschulden des Reiches durch die Bundesrepublik auf Grund der Identität des ehemaligen Deutschen Reiches und der Bundesrepublik nicht notwendig sei. Die Bundesrepublik sei der Rechtsnachfolger des Reiches und übernehme automatisch die sich daraus ergebenden Verpflichtungen und Rechte.

Zur Regelung der durch Hilfeleistungen und -zahlungen nach 1945 entstandenen Schulden der Bundesrepublik wird die Bundesregierung die Einberufung einer internationalen Schuldensachverständigenkommission vorgeschlagen. Nach Ansicht des Parliamentsausschusses und der Bundesregierung muß die Frage der Nachkriegsschulden in Einzelverträgen mit den Gläubigern gelöst werden. Die alliierten Finanzsachverständigen haben nach Mitteilung aus Regierungskreisen diesem Vorschlag schon grundsätzlich zugestimmt. Mit der endgültigen Annahme der deutschen Vorschläge durch die Alliierten wird der Weg zu der von den Regierungen der drei Westmächte geplanten Revision des Besatzungsstatutes frei.

Der Bundeskanzler holte außerdem die Genehmigung des Bundeskabinetts und des Bundestagsausschusses ein, die beschlossenen Vorschläge über die Anerkennung der Schulden den Hohen Kommissaren zur Weiterleitung an ihre Regierungen mit der Bitte um Annahme zuzuleiten. Die Anerkennung der Schulden tritt in Kraft, wenn die Regierungen der drei Westmächte den Vorschlägen der Bundesregierung zugestimmt haben.

Die Bundesregierung unterstützte die Vorschläge der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten zur Änderung des Grundgesetzes, um eine verfassungsmäßige Grundlage für die Aufstellung einer regulären Bundespolizei zu schaffen, erklärte Bundesinnenminister Dr. Lehr vor der Presse in Bonn. Die Regierung hoffe, daß der Bundestag sich bald zu

einer Verabschiedung einer solchen Änderung entschließt. Erst mit der Aufstellung weiterer 10 000 Mann Länderbereitschaftspolizei und der 10 000 Mann starken Grenzschutzeinheiten werde die von den Alliierten in New York gesetzte Grenze von 30 000 erreicht.

Margarinepreise bleiben

Das Bundeskabinetts hat am Freitag beschlossen, den Höchstpreis für Margarine von 240 DM je Kilogramm auf keinen Fall zu erhöhen. Ein Sprecher der Bundesregierung sagte vor der Presse, daß die Bundesregierung mit Vertretern der Margarine-Industrie vereinbart habe, die durch die Erhöhung der Weltmarktpreise eingetretene Verteuerung der Margarine-Rohstoffe durch Subventionen auszugleichen und hiermit den Verkauf zu dem bisherigen Preise zu ermöglichen. Die dafür erforderlichen Zuschüsse werden die Bundeskasse allein in der Zeit vom 1. bis 31. Februar dieses Jahres rund 15 Millionen DM kosten.

Die Schaffung eines Bundesrundfunkgesetzes im Sinne des ehemaligen Reichsrundfunkgesetzes sei von seinem Ministerium nicht beabsichtigt, berichtete Bundesinnenminister Dr. Lehr der Presse. Eine solche Maßnahme wäre mit den Bestimmungen der Verfassung über die freie Meinungsäußerung auch gar nicht vereinbar. Man denke daher höchstens an die Einführung eines Rahmengesetzes zur allgemeinen und sehr leisen Regelung der Rundfunkangelegenheiten im Bundesgebiet.

Ramcke-Filmstreifen verboten. Das Amt des französischen Hohen Kommissars hat der „Neuen Deutschen Wochenschau“ die Vorführung ihrer Aufnahme des Generals Hermann Ramcke für den Bereich der französischen Zone verboten. Die Filmfirma hat das Ersuchen deutscher Behörden, auf die Vorführung dieses Streifens überhaupt zu verzichten, abgelehnt.

Finnischer Gesandter in Peking. Der finnische Sondergesandte Hugo Valvanne hat nach einer Meldung der Nachrichtenagentur „Neues China“ dem chinesisch-kommunistischen Außenminister Tschu En Lai am Mittwoch sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Monatelange Konferenz in Paris?

Bereits die erste Vertagung - Wenig Optimismus der Delegierten

Paris (UP). Die erste Arbeitssitzung der westeuropäischen Verteidigungskonferenz im französischen Außenministerium dauerte nur eine Stunde. Die nächste Zusammenkunft findet erst kommenden Donnerstag statt, damit die Delegierten Gelegenheit haben, den französischen Entwurf zu prüfen und von ihren Regierungen Instruktionen einzuholen.

Die Sitzung, deren Inhalt geheim gehalten wurde, leitete der französische Chefdelegierte, Herve Alphand mit detaillierten Ausführungen ein, wie sich Frankreich eine europäische Armee vorstellt, wie diese organisiert sein soll und sie im Kampf funktionieren wird. Es wurde beschlossen, daß auch die zur Konferenz entsandten Beobachter (nur Frankreich, Westdeutschland, Italien, Belgien und Luxemburg haben verhandlungsberechtigte Delegationen nach Paris geschickt) an allen Plenar- und Ausschusssitzungen teilnehmen und alle Dokumente einsehen können.

Die Vertreter der Bundesregierung in der französischen Hauptstadt sind der Ansicht, daß die Konferenz über die Bildung einer Europa-Armee kaum vor Ende dieses Jahres beendet und ein Vertrag über eine solche Streitmacht zwischen den fünf direkt beteiligten Nationen noch in weiter Ferne liege. Die französischen Vorschläge sehen bekanntlich eine 18-monatige Übergangsperiode für die Zeit nach Vertragsabschluß vor. Die ersten deutschen Einheiten könnten daher kaum vor Ende 1952 unter Waffen stehen. Das würde eine Verzögerung der deutschen Wiederbewaffnung um mindestens zwei Jahre gleichkommen, während noch unmittelbar nach der Brüsseler Konferenz Ende letzten Jahres von deutschen Bataillonen bis Sommer 1951 die Rede war.

Die Unterzeichnung des Schumanplans soll nach den letzten Informationen aus französischen Regierungskreisen nunmehr angeblich am kommenden Mittwoch erfolgen. Von Seiten der deutschen Schumanplan-Delegation wurde diese Ankündigung noch nicht bestätigt. Noch vor wenigen Tagen schien das bisher ungelöste Problem der Dekartellisierung eine baldige Paraphierung der Sechsmächte-montanunion zu verhindern.

Die Amerikaner drängen

Frankfurt (UP). Im Gegensatz zur französischen Version, daß die Aufstellung deutscher Truppen innerhalb der Europäerarmee nicht vor Ende 1952 möglich sei, erklären unterrichtete amerikanische Kreise in Frankfurt, schon vor der Gründung dieser Armee sei die Bildung deutscher Truppenverbände „im großen Rahmen des Atlantikpakt-Verteidigungssystems“ durchaus denkbar. Die USA seien der Meinung, daß die Organisation der Europa-Armee einlache Zeit in Anspruch nehme.

und ein Zusammenschluß der europäischen Nationen in Anbetracht der Schwierigkeit der Probleme nicht von heute auf morgen erfolgen kann. Die europäische Armee selbst werde nur ein Teil des großen Rahmens der atlantischen Verteidigungsorganisation bilden.

Bis zu ihrer Aufstellung müsse eine wirksame atlantische Streitmacht geschaffen werden, in der auch deutsche Truppenkontingente mitwirken könnten. In jedem Fall hänge eine Beteiligung deutscher Truppen und der Zeitpunkt ihrer Mitwirkung in der atlantischen Rahmenorganisation nicht von den Wirksamwerden der europäischen Armee ab. Die Vereinigten Staaten würden auch künftig alle Maßnahmen lebhafte unterstützen, die den europäischen Zusammenschluß förderten.

Eisenhower tritt seinen Posten an

Bau eines Hauptquartiers bei Versailles. New York (UP). General Dwight D. Eisenhower ist mit dem englischen Dampfer „Queen Elizabeth“ nach Europa abgereist. Er wird am 21. Februar in Versailles eintreffen und seinen Posten als Oberkommandierender der Streitkräfte der Atlantikpaktmächte übernehmen. Im Hotel Trianon, in dem Eisenhower während des Krieges sein Hauptquartier hatte, sind fünf Zimmer für den General reserviert worden. Eisenhowers Stellvertreter, Generalleutnant Alfred Grünher, gab bekannt, daß Verhandlungen begonnen wurden, um Land in der Umgebung von Versailles zu pachten, auf dem dann das ständige Hauptquartier Eisenhowers errichtet werden soll. Es werde wahrscheinlich aus einem Dorf zusammensetzbarer Häuser bestehen, ähnlich wie das alte Hauptquartier Eisenhowers im zweiten Weltkrieg außerhalb von London.

Neuer Sekretär des Hl. Offiziums

Kardinal Pizzardo vom Papst ernannt. Vatikanstadt (UP). Papst Pius XII. ernannte den 74jährigen Kardinal Pizzardo zum Sekretär der Kongregation des Heiligen Offiziums. Der auf diesen wichtigsten Posten im Vatikan berufene Kardinal wird damit Nachfolger des im Januar verstorbenen Kardinals Marchetti-Selvaggi. Kardinal Pizzardo wurde von Papst Pius XII. zum Kardinal ernannt. Er ist Bischof von Albano bei Rom und Titularerzbischof von Nicaea, Präfekt der Seminar- und Universitätskongregation.

Das Heilige Offizium ist die kirchliche Behörde zum Schutz des Glaubens und der Moral. Sie entscheidet über Häresien, die dogmatische Lehre, über Ehehindernisse bei Eheschließungen und stellt den Index der verbotenen Bücher zusammen.

Frankreichs Kampf um Afrika

In den letzten Tagen sind in Marokko von der französischen Polizei fast sämtliche nationalistischen Führer verhaftet worden. Die Hintergründe dieser Aktion erteilt nachfolgender Artikel:

Der glänzende Empfang des marokkanischen Sultans in Paris im letzten Oktober und die sorgfältig gefeilten Kommuniqués über den freundschaftlichen Charakter seiner Besprechungen mit der französischen Regierung haben keinen Zweifel übrig gelassen, daß etwas in den Beziehungen zwischen Frankreich und seinem Protektorat nicht stimmt. In den Städten Marokkos pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß Sultan Sidi ben Mohammed die Lösung des Protektoratsvertrages von 1912 gefordert hat und mit diesem Wunsche nicht durchgedrungen ist. Um auch den letzten Zweifel über den Mißerfolg des Pariser Besuches zu zerstreuen, erklärte ein hoher Beamter des Sultanats, daß sich die Welt in den letzten vierzig Jahren stark verändert habe und das marokkanische Volk den Beispielen Indiens und Ägyptens gegenüber nicht gleichgültig sein könnte. Die französische Kolonialpolitik sei vollständig veraltet und Frankreich müsse seine Beziehungen zu Marokko grundlegend ändern.

Die Pariser Presse assistierte in gewissem Sinne noch dem rebellischen Sultan, indem sie damals schrieb, daß die konservativen Kreise in der französischen Politik das Kolonialimperium als ein Museum betrachteten, über dessen Fortbestehen sie zu wachen hätten. In Wirklichkeit bewachten sie nichts mehr als einen verstaubten Mythos. Die indochinesische Perle sei gerade dabei, ihren Fingern zu entgleiten und falls sie nicht sehr schäftigen, würden sich auch die nordafrikanischen Vitrinen sehr bald leeren.

Der oberste französische Museumswächter in Nordafrika ist General Juin. Er ist ein guter Kenner der Verhältnisse im französischen Kolonialreich, ob er aber auch geeignet ist, für die besondere Mischung von Nationalismus, Kommunismus und falsch verstandenen Vorstellungen der amerikanischen Demokratie ein Heilmittel zu finden, darf füglich bezweifelt werden. General Juin ist ein alter Kolonialoffizier und gewöhnt, die Dinge unter militärischen Gesichtspunkten zu sehen. Die strategische Bedeutung Marokkos ist jedoch so lange gleich Null, wie General Juin nicht versteht, die Beziehungen zu dem Sultan und noch mehr zu den nationalistischen Kreisen normal zu gestalten.

General Juin und die französische Regierung, die sich in dieser Frage hinter ihren Generalresidenten stellt, können mit Recht darauf verweisen, daß die französische Herrschaft dem Lande Ruhe vor den ewigen Fehden seiner Stammesfürsten gebracht hat. Die wirtschaftliche Entwicklung Marokkos wurde ermöglicht durch das französische Kapital, die französische Verwaltung und die Kenntnisse französischer Techniker. Das alles reicht nicht aus, um den marokkanischen Nationalisten den Wunsch nach politischer Selbständigkeit auszutreiben und das natürliche Begehren eines Volkes zu unterdrücken, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Es ist nicht zu übersehen, daß vor allem von den Zentren des afrikanischen Arabertums die Flamme des Widerstandes gegen die Vorherrschaft des weißen Mannes geschürt wird. Der 70jährige Rebel Abd el Krim hat die Situation der Araber in Nordafrika kürzlich treffend charakterisiert. 35 Millionen Araber, so sagte er, lebten in Tunis, Marokko und Algerien unter dem Joch des weißen Mannes, nicht zu reden von den Negern und Berbern und anderen farbigen Völkern. Die Araber und die Afrikaner hätten längst ihre Möglichkeiten erkannt und seien entschlossen, die Fessel der europäischen Vormundschaft abzuwerfen. „Afrika gehört uns, und niemand kann ohne uns Afrika behaupten oder sichern. Und wir werden uns auf eine Bundesgenossenschaft mit Europa einlassen, wenn unsere Unabhängigkeit und Selbständigkeit garantiert wird.“ Die französische Regierung ist aber nicht gewillt, in irgendeiner Weise Konzessionen zu machen. Dabei nimmt der Sultan von Marokko eine durchaus zweifelhafte Rolle ein. Man weiß nicht genau, ob er sich mit den Bestrebungen der marokkanischen Nationalisten identifiziert oder trotz des Mißerfolges seiner Reise nach Paris zwischen den Fronten vermittelt. Seine Stellung hat sich in der letzten Zeit noch kompliziert, da der Pascha von Marrakesch — ein alter Widersacher des Sultans — einige Angehörige der Nationalistenpartei verhaften ließ und sich damit als Bundesgenosse Frankreichs empfohlen hat. Auf den Protest des Sultans antwortete der Pascha mit grobem Geschütz. Er warf dem Sultan vor, daß er die Wünsche seiner kleinen

Gruppe vertrete und die Lebensinteressen Marekko auf Spiel setze.

Der Ausgang ist ungewiß. Sicher ist nur, daß zwischen den Nationalisten und den zahlenmäßig geringen kommunistischen Gruppen eine enge Zusammenarbeit besteht. In dieser Verbindung liegt aber die ungeheure Sprengkraft aller nationalistischen Strömungen in den alten und neuen Kolonialreichen. Ohne Rücksicht darauf, daß sich der Nationalismus und der Kommunismus ideologisch wie Feuer und Wasser gegenüberstehen, sind sie doch im vorläufigen Zusammenwirken eine Macht, an der das französische Kolonialreich zerbrechen kann.

Stalin beschuldigt die Westmächte

London (UP). Der sowjetische Staatschef Josef Stalin beschuldigte in einem Interview mit der „Prawda“ die Westmächte die beabsichtigten, die Vereinten Nationen in ein „Organ zur Entfesselung eines neuen Weltkriegs“ zu verwandeln, da sie mit den Staaten ihrer Einflusssphäre in der UN die Verabschiedung der Resolution erzwungen hätten, in der die kommunistische Regierung Chinas als Aggressor in Korea bezeichnet wird. Nicht China, sondern die Vereinigten Staaten seien die aggressive Macht in Korea. Die Verabschiedung der China-Resolution bezeichnete Stalin als „schändlich“. „Es ist eine Tatsache“, so behauptete er ferner, „daß die Organisation der UN nicht so sehr eine Weltorganisation ist, als vielmehr eine Organisation für die Amerikaner und eine Organisation, die den Zwecken der amerikanischen Aggressoren dient. Es habe den Anschein, als wollten die UN den gleichen „unrühmlichen Weg“ einschlagen wie der Völkerbund. Dennoch sei aber ein neuer Weltkrieg nicht unvermeidlich, wenn es auch in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und auch in Frankreich aggressive Kräfte gebe, die nach einem neuen Krieg dürsteten. Er sei versichert, erklärte Stalin, daß die amerikanischen und britischen „Interventionisten“ den Krieg in Korea verlieren werden, wenn diese beiden Staaten die chinesischen Friedensvorschläge endgültig zurückweisen sollten.

In diesem Zusammenhang richtete Stalin heftige Angriffe gegen den britischen Premierminister Clement Attlee, es sei eine Verleumdung der Sowjetunion, wenn diese behauptet, daß die Sowjetunion nach Kriegsende nicht abgerüstet, sondern ihre Streitkräfte im Gegenteil verstärkt habe, das sei schon deshalb nicht möglich, weil kein Land der Erde eine so umfassende Friedenswirtschaft wie die Sowjetunion aufbauen und gleichzeitig ihre Rüstungsindustrie auf vollen Touren laufen lassen könne. Es sei offensichtlich, daß Attlee die „Herbeiführung eines neuen aggressiven Weltkrieges“ begünstige, da er zahlreiche Vorschläge zur Beilegung der internationalen Spannungen abgelehnt habe, wie zum Beispiel die Anregung, einen Friedenspakt zwischen Großbritannien, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, China und Frankreich abzuschließen, und den Vorschlag auf Verbot der Atomwaffen und allgemeine Abrüstung.

Fünf Volkspolizisten verhaftet

Sie wollten ein US-Schild entfernen. Berlin (UP). Bei dem Versuch, eine von der US-Militärpolizei neu angebrachte Tafel mit der Inschrift „Sie verlassen jetzt den amerikanischen Sektor“ an der Grenze zwischen dem amerikanischen Sektor und der Ostzone zu entfernen, wurden in der vergangenen Nacht fünf bewaffnete Volkspolizisten von Westberliner Polizeistreifen überrascht und verhaftet. Später ertrappten Westpolizisten wiederum fünf bewaffnete Volkspolizisten bei einem erneuten Versuch, das amerikanische Schild zu beseitigen. In diesem Fall gelang es jedoch den Volkspolizisten, rechtzeitig in die Sowjetzone zu entkommen.

Keine Garantie für Jugoslawien

Meinungsaustausch zwischen London und Washington

London (UP). Großbritannien und die USA erwägen gegenwärtig, ob es zweckmäßig ist, an die Sowjetunion und deren Satellitenstaaten auf dem Balkan eine formelle Warnung vor den Konsequenzen eines eventuellen Überfalls auf Jugoslawien zu richten.

Wie man in diplomatischen Kreisen hört, tritt vor allem England für eine diesbezügliche Erklärung ein. Allerdings sei man in London noch nicht geneigt, Jugoslawien eine klare Sicherheitsgarantie zu geben, aus der hervorgehe, daß die Westmächte im Falle eines Überfalls auf Jugoslawien Marschall Tito automatisch zu Hilfe kämen. Auch die Vereinigten Staaten beschäftigen sich gegenwärtig mit dieser Angelegenheit, haben aber noch keine Beschlüsse gefaßt. Frankreich wurde gemeinsam von London und Washington um Mitteilung seiner Ansichten gebeten.

Eine ausgesprochene Sicherheitsgarantie für Jugoslawien hält man in London aus folgenden Gründen nicht für zweckmäßig: 1. Seien die Westmächte in Europa und an anderen Stellen der Welt bereits zu stark gebunden. Sie sollten keine weiteren Verpflichtungen übernehmen, solange das westliche Verteidigungssystem noch nicht konsolidiert ist. 2. Sei die Gewährung einer Sicherheitsgarantie eventuell geeignet, die Lage Marschall Titos, der es bisher abgelehnt hat, sich formell zum Westen zu bekennen, noch weiter zu erschweren. 3. Sei Jugoslawien als Mitglied der vereinten Nationen bereits automatisch in das weltumspannende Sicherheitssystem eingegliedert und dürfe sich ohne weiteres aus der in der Korea-Resolution ausgedrückten aggressionsfeindlichen Haltung der Vereinten Nationen Vorteile erlauben.

In diesem Zusammenhang wird in politischen Kreisen Londons daran erinnert, daß die Westmächte die Absicht haben, im Falle

einer neuen Viermächtekonferenz die Frage der Rüstungsverstärkungen der osteuropäischen Satellitenstaaten aufzuwerfen. Die Westmächte werden sich bemühen, mit der Sowjetunion übereinzukommen, daß diese Staaten veranlaßt werden, ihre Truppen auf die in den Friedensverträgen festgesetzte Stärke zu verringern.

Dritter Vorstoß gegen Attlee

Wieder ein Mißbilligungsantrag — Diesmal wegen der Erdnüsse

London (UP). Die konservative Opposition im britischen Unterhaus erneuerte ihre Versuche, die Regierung zu stürzen. Sie brachte einen Antrag ein, der sich gegen die von der Regierung beantragte Übertragung der Verwaltung der britischen Erdnussplantagen vom Ernährungsministerium auf das Kolonialamt richtet. Die Abstimmung über diesen Antrag wird am kommenden Dienstag abgehalten werden.

Beim Versuch, in Tanganjika (Ostafrika) in großem Maßstab Erdnüsse zur Speisefett-Gewinnung anzubauen, hat die britische Regierung 36.500.000 Pfund Sterling verloren. Die Regierung hat jetzt die Absicht, unter der Aufsicht des Kolonialamts dies Programm fortzusetzen und weitere 6.000.000 Pfund dafür auszugeben.

Der konservative Kandidat Sir Walter Monks siegte in der Nachwahl von West-Bristol mit 22.216 Stimmen über den Vertreter der Labour-Party, Harold Lawrence, der nur 5.072 Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Labour-Mehrheit im Unterhaus hat sich damit auf 7 Sitze verringert. Die Nachwahl war durch den Tod des konservativen Abgeordneten Oliver Stanley erforderlich geworden.

Gefährlicher Durchbruch der Chinesen

Umklammerung der UN-Truppen befürchtet — Verstärkte Gefahr für Wonju

Tokio (UP). Die chinesischen Kommunisten verlegten plötzlich den Schwerpunkt ihrer Offensive in Korea weiter nach Osten, umgingen Wonju und näherten sich bis auf acht Kilometer der Stadt Chechon, einem wichtigen Bahn- und Straßenknotenpunkt auf dem Wege nach Pusan.

Der Angriff gegen Chechon wurde von drei kommunistischen Kampfgruppen von je etwa 3000 Mann vorgetragen. Die Soldaten dieser Kampfgruppen haben die südkoreanischen Verteidigungsstellungen vor der Stadt schon durchstoßen. Ein amtlicher amerikanischer Sprecher bezeichnete den neuen kommunistischen Vorstoß in Richtung auf Chechon als bedenklich. Von Chechon aus kann der Feind entweder direkt nach Süden weiter vordringen, oder aber nach Westen abknicken und den UN-Truppen im Raum von Wonju in den Rücken fallen.

Weiter östlich ließen die kommunistischen Angriffe nach, nachdem die Chinesen in der Nacht auf Freitag bei einem Vorstoß gegen Chipyeong schwere Verluste einnehmen mußten. Ein amerikanischer Panzerverband, der zum belagerten Chipyeong vorrückte, zog sich unter Mitnahme der französischen und amerikanischen Verbündeten wieder nach Süden zurück. Kurz danach brachte eine Lastwagenkolonne unter dem Feuerchutz der Panzer Nachschub in die belagerte Stadt, die damit zum ersten Mal seit Montag wieder auf dem Landwege versorgt wurde. Bei Wonju selbst war die Front ruhig. Nördlich der Stadt sollen jedoch rund 100.000 Mann chinesischer Truppen zusammengezogen worden sein, die sich zu einem neuen Angriff bereit machen.

Krach um Syngman Rhee. Der Streit zwischen dem Präsidenten Syng-

man Rhee und dem südkoreanischen Parlament hat sich wieder verschärft. Das Parlament nahm eine Entschlüsselung an, wonach die Annullierung von Pässen für drei Abgeordnete untersucht werden soll, die sich nach Tokio zu General MacArthur begeben wollten. Ein Abgeordneter beschuldigte Syngman Rhee, daß er sich der Entsendung einer Parlamentsdelegation widersetzt habe, während Kaufleute und Freunde des Präsidenten Pässe nicht nur für sich, sondern auch für ihre Familien erhalten hätten, um nach Japan und den USA zu reisen. Das Parlament beschloß, eine Untersuchung der Paßangelegenheiten zu fordern.

UN beraten Sanktionen

Vorbereitung eines Arbeitsplans — Burma und Jugoslawien machen nicht mit

Lake Success (UP). Der Sanktionsausschuß der Vereinten Nationen ist zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten und hat nach der Wahl des Vorsitzenden einen Drei-Mann-Ausschuß damit beauftragt, einen Arbeitsplan vorzubereiten.

Dieser Arbeitsplan dürfte in etwa zehn Tagen vorliegen. Erst dann wird der Ausschuß Beratungen über eventuelle Sanktionen gegen Rot-China aufnehmen. Burma und Jugoslawien, die dem aus Delegierten von 14 Staaten gebildeten Sanktionsausschuß eigentlich angehören, haben eine Mitarbeit abgelehnt. An der ersten Ausschusssitzung nahmen daher nur die Delegierten von Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, Ägypten, Frankreich, Mexiko, Philippinen, Türkei, Venezuela, Großbritannien und USA teil. Der türkische Delegierte Selim Sarper wurde zum Ausschuß-Vorsitzenden gewählt.

England verdoppelt Marine-Etat

Bereits 65 Kriegsschiffe im Bau

London (UP). Die Budgetvoranschläge für die britischen Streitkräfte, die die britische Admiralität nunmehr vorlegt, zeigen, daß Großbritannien die Marineausgaben im kommenden Finanzjahr fast verdoppeln wird. Die vorgesehenen Ausgaben belaufen sich auf 130 Millionen Pfund Sterling gegenüber 73 Millionen im vergangenen Jahr. Bereits im Bau befinden sich 2 schwere Flugzeugträger, 7 leichte Träger, 3 Kreuzer, 8 Zerstörer, 4 Fregatten und 41 Minenräumboote.

Aus einer Aufstellung der aktiven Stärke der britischen Flotte geht hervor, daß sich diese aus 1 schweren und 4 leichten Flugzeugträgern, 13 Kreuzern, 28 Zerstörern, 36 Fregatten, 32 U-Booten und 13 Minenräumbooten zusammensetzt. Die Ausbildungs- und die Reserveflotte bestehen aus 5 Schlachtschiffen, 6 schweren und 2 leichten Flugzeugträgern, 13 Kreuzern, 83 Zerstörern, 126 Fregatten und 50 Minenräumboten.

Dulles in Australien

Verhandlungen über Aufrüstung Japans

Canberra (UP). Der republikanische Sombotschafter Präsident Truman, John Foster Dulles, ist in der australischen Hauptstadt Canberra eingetroffen und verhandelt dort mit dem australischen Außenminister Percy Spender und dem neuseeländischen Außenminister F.W. Doidge über die amerikanischen Pläne zur Aufrüstung Japans. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die beiden Außenminister sich genau darüber informieren wollen, welchen Umfang die geplante Aufrüstung Japans annehmen soll.

Am Rande bemerkt

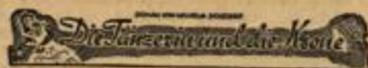
Endlich mit Humor!

Wir Deutschen geben uns alle Mühe, Fortschritte in den demokratischen Methoden der Mitbestimmung und Mitwirkung am öffentlichen Leben zu machen. Wir tun dies größtenteils mit jenem „tierischen Ernst“, der zwar ein Zeichen unserer Gründlichkeit ist, oftmals aber die Entwicklung der Dinge verhärtet und Lösungen erschwert. Da werden also z. B. „Schweigegelände“ von tausend und mehr Hausfrauen gegen die Bonbonsteuer des Bundesfinanzministers organisiert, Jugendgruppen der einen Partei demonstrieren die „berühmte Empörung deutscher Volkskreise“ durch Stinkbomben gegen „Die Sünderin“, woraufhin sich die kulturellen Stoßtrupps der anderen Partei an der „unsterblichen Geliebten“ mit gleichen Methoden revanchieren.

Da ist geradezu ein Lichtblick, daß unseren Wirtschaftsgelehrten im Verein mit den Eierabsetzern der Raiffeisenverbände und den Verbänden des Eiergroßhandels einmal etwas anderes eingefallen ist: sie „kennzeichnen“ die Eier neuerdings mit humorigen Verslein des Protests gegen die Saumseligkeit des Bundesernährungsministeriums, das seit einem vollen Jahr mit der Herausgabe der notwendigen Kennzeichnungsverordnung für Frischfleisch im Verzögert und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Markenfrischfleisch gegenüber den Auslandseiern gefährdet.

Das Ei, das nicht durchleuchtet ist, enthält im Innern manchmal Mist. Das gute Ei, das frische Ei durchleuchtet und gewogen sei. Deutsche Eier, frisch und rein, müssen nach Güte gekennzeichnet sein. Die Hausfrau ist oft sehr betrogen mit einem Ei, das nicht gewogen.

So und ähnlich lauten die humorigen Protestrufe, die uns neuerdings von unseren Frischfleischern entgegenschallen. Wenn diese Knüppelverse auch manchmal etwas holpern, so läßt man sich durch sie jedenfalls in seiner Genußfreudigkeit nicht beeinträchtigen, sondern eher zu einem vergnügten Schmunzeln anregen. Denn wer gönnte „denen in Bonn“ nicht, wenn sie dergestalt aus dem bekümmlichsten aller Schläfe, dem Bürochlopf, erweckt werden!



(Urheberrechtlich geschützt Hermann Berger, Wiesbaden) 11 Fortsetzung Nachdruck verboten.

Bert steckte seine Pfeife in Brand. Dann berichtete er von seiner Fahrt nach Valencia: wie Conchita versucht habe ihn in Barcelona zurückzuhalten, und wie es ihr dann in Valencia gelungen sei, zu ihm vorzudringen.

„Sie muß sehr in dich verliebt sein“, sagte Karding. „Sie ist überhaupt eine farrnse Frau. Schließlich rickelte sie ziemlich viel Ich war hin und wieder mit ihr zusammen. Du weißt, meine Braut nimmt bei ihr Stunden. Sie wird es dir sicher erzählt haben.“

„Hör mal zu Peter, ich will's kurz machen.“ Bert räuserte sich. „Als sie mich in Valencia besuchte... ich meine, als sie zu mir vordrang... da gab ich ihr die Krone.“

„Bitte, ich verstehe dich nicht.“

„Ich gab ihr die Krone. Es war nur die eine Gelegenheit, die ich ausnutzen mußte.“

Karding wurde blaß. Er lehnte sich zurück und starrte Bert in die Augen. „Und was weiter?“

Bert gab ihm Conchitas Brief. Nachdem Karding ihn gelesen hatte, begann er mit seinem Feuerzeug zu spielen.

„Es ist mir natürlich sehr unangenehm“, sagte Bert. „Ich glaube fast, ich bin dein Schwäger geworden.“

„Wieso?“

Karding sah auf. In seinem Blick war ein seltsames Glitzern.

„Ich hätte es mir überlegen sollen“, antwortete Bert.

„Die Krone wäre so oder so verloren gewesen. Ich habe sie ja schon in Valencia aufgegeben. Übrigens ist der Verlust für mich ein doppelter. Ich erzählte dir doch, daß ich einen Scheck für die Krone gab. Der junge Pelavo nahm ihn und gab ihn an den alten Diener weiter. Der Diener wurde dann verhaftet, man fand den Scheck und — das Papier verschwand. Als ich gestern nach Barcelona kam, rief ich sofort die Bank an. Der Scheck ist vorgelegt und eingelöst worden. Aber das ist nicht so wichtig, mein Junge. Willst du einen Whisky?“

Sie gingen zum Rauchsalon hinauf und ließen sich Getränke servieren. Es war drückend schwül.

Karding nippte an seinem Whisky.

Bert beobachtete ihn. „Peter, sag mir offen und ehrlich, was du davon hältst. Ist dir der Brief, den sie mir schrieb, irgendwas bedenklich? Bitte, nimm keine Rücksicht auf mich. Ich kann, wie du weißt, auch dann etwas hören, wenn es unangenehm für mich ist.“

Karding blickte in sein Glas. Dabei brummte er: „Wir sind immer offen zueinander gewesen, Bert.“

„Und es soll auch so bleiben. Sag ruhig deine Meinung!“

„Hm... die Sache ist etwas merkwürdig. Kannst du dich für sie verbürgen? Ich glaube, du kannst es nicht.“

„Ich kenne sie überhaupt nicht.“

„Siehst du? Wie sollst du sie auch kennen! Du sprichst sie selbst von einem Traum. Und daß sie ausgerechnet mit einem Merischen zusammentraf der Erik Jul hieß und sich nebenbei auch für die Krone

interessierte, das... war vielleicht kein Zufall. Bitte das ist — ganz offen ge-Buenos Aires komme — werde ich mich sofort über Jul informieren.“

Bert erhob sich. „Ich möchte zehn Minuten allein sein, Peter.“

Er blieb fast eine halbe Stunde aus. Er warf sich draußen in einen Bordstuhl, schloß die Augen und lag wie schlafend. Als er dann zu Karding zurückkam sagte er: „Was hältst du davon, wenn ich mit dir nach Buenos Aires fahre?“

„Großartige Idee!“

„Auch Jörn würde sich freuen, denke ich. Schließlich haben wir uns lange nicht mehr gesehen. Vielleicht kann ich meinen Bruder dazu bewegen, endlich wieder nach Hamburg zu kommen. Natürlich würde die Reise viel Zeit kosten...“

„Du hast ja deinen alten Herrn in Hamburg.“

„Er ist nicht mehr sehr rüstig, Peter. Seit dem Winter ist er etwas klapprig geworden. Aber trotzdem... ich kann ja eigentlich gar nicht anders. Ich muß einfach fahren.“

7.

Sie hatten gutes Wetter während der Fahrt. Die See war dauernd glatt wie ein Spiegel.

Während sie nebeneinander auf Deck lagen, sprachen sie häufig über Jörn. Bert um sieben Jahre jüngerer Bruder Jörn, hielt sich seit einiger Zeit in Südamerika auf. Nachdem er in Rio und Montevideo gearbeitet hatte, war er jetzt in Buenos Aires gelandet. Er war schon seit drei Jahren unterwegs, um sich einmal den Wind so richtig um die Nase wehen zu lassen, wie er es nannte. In Hamburg be-

zeichnete man Jörn Helken als einen Sonderling vor allem deshalb, weil er, obwohl er beruflich nichts damit zu tun hatte griechische und römische Klassiker im Originaltext las und in seinen weiten Taschen stets Bücher mit sich führte. Er galt als verschlossen, sprach wenig und machte sehr häufig einen schläfrigen Eindruck. Nur schönen Frauen gegenüber ging er aus sich heraus.

Mit 18 Jahren hatte er die Schule verlassen und war auf Wunsch des Vaters in die Helken-Reederei eingetreten. Solter hatte man ihm Prokura gegeben. Doch der Vater war mit seiner Arbeit nie recht zufrieden gewesen. „Ist ein Träumer“, der Junge. Wird niemals etwas von der Schifffahrt verstehen. Schade! Auch sein Privatleben paßt mir nicht. Gibt zuviel Geld aus und hat die Weiber im Kopf.“

Eines Tages vor drei Jahren, war es zwischen Vater und Sohn zum Bruch gekommen. Schuld daran war eine abenteuerliche Dame, eine sehr reizvolle Berlinerin. Jörn hatte sie auf einer Geschäftsreise kennengelernt, sich in sie verliebt und war nun häufiger in Berlin als in Hamburg. Um das Geschäft kümmerte er sich überhaupt nicht mehr. Schließlich beichtete er dem Vater unerhört hohe Wechselverpflichtungen. Es kam zu einer erregten Szene.

Wenige Tage später war Jörn abgereist, in der rechten Jackettasche seinen Homer, in der linken den Seneca. „Ich hätte ihn vielleicht lieber studieren lassen sollen“, äußerte sich der Vater Bert gegenüber. „Dann hätte er sich auf die Sorachen geworfen und fühlte sich vielleicht wohler in seiner Haut. Glaubst du, daß er bald zurückkommt?“

Fortsetzung folgt

Umschau in Karlsruhe

Dr. Dietrich leitet Unterrichtsverwaltung

Karlsruhe (Jwb). Der württemberg-badische Ministerpräsident hat den bisherigen Regierungsdirektor in der Kultusverwaltung, Dr. Dietrich, unter gleichzeitiger Ernennung zum Ministerialrat zum Direktor der Abteilung Kultus und Unterricht bei der Landesbezirksdirektion Nordbaden berufen. Der bisherige Direktor dieser Abteilung, Ministerialdirektor Dr. Franz, der dieses Amt neben seiner Tätigkeit im Kultusministerium in Stuttgart kommissarisch versah, hat seinen Posten in Karlsruhe wegen Arbeitsüberlastung auf eigenen Wunsch niedergelegt.

Vertreter des öffentlichen Interesses

Karlsruhe (Jwb). Regierungsdirektor Rapp ist auf Vorschlag des geschäftsführenden Präsidenten des Landesbezirks Nordbaden zum ständigen Vertreter des öffentlichen Interesses beim Karlsruher Senat des Verwaltungsgerichtshofes Württemberg-Baden und beim Verwaltungsgericht Karlsruhe bestellt worden.

Nach Karlsruhe berufen. Der Oberarzt der thorax-chirurgischen Klinik Wehrwald in Todmoo, Dr. Hauck, wurde als Obermedizinalrat und Landestuberkulosearzt bei der Landesversicherungsanstalt Baden nach Karlsruhe berufen. Dr. Hauck war jahrelanger Mitarbeiter von Dr. Badmeister in St. Blasien und arbeitete in Todmoo als Lungenspezialist mit Chefarzt Dr. Good aufs engste zusammen.

„Kammern für Handelssachen“ gebildet

Karlsruhe (Jwb). Bei den Landgerichten in Stuttgart, Heilbronn, Ulm, Ellwangen, Mannheim und Karlsruhe sowie beim Amtsgericht Pforzheim sind auf Grund einer Anordnung des Justizministeriums „Kammern für Handelssachen“ gebildet worden. Die Kammern, die alle Zivilsachen verhandeln können, die sich aus Streitigkeiten zwischen Geschäftsleuten ergeben, werden am 1. April ihre Tätigkeit aufnehmen. Nach dem Gerichtsverfassungsgesetz fallen ihnen vor allem Prozesse zu, die aus Wechsel- und Scheckgeschäften entstehen oder aus dem Rechtsverhältnis zwischen Mitgliedern einer Handelsgesellschaft erwachsen. Ferner werden sich die Kammern mit Streitigkeiten über Warenzeichen, Prokuren und Handelsvollmachten befassen und alle Prozesse verhandeln, die im Zusammenhang mit der D-Mark-Eröffnungsbilanz entstehen. Einer Kammer gehören neben dem Vorsitzenden, der Richter ist, zwei Kaufleute als Beisitzer an.

Protest gegen „Die Sünderin“

Karlsruhe (Jwb). Rund 200 katholische Studenten protestierten in einem Schweigemarsch vor dem Karlsruher Lichtspieltheater „Die Kurbel“ gegen die Aufführung des Films „Die Sünderin“. Polizisten stellten die Namen von zehn Studenten und Studentinnen fest. Die Direktion des Lichtspieltheaters hat sofort nach dem Protest zur Beurteilung des Films einen kostenlosen Besuch der „Sünderin“ angeboten. „Die Sünderin“ lief in Karlsruhe an und hatte bereits am ersten Tag einen außerordentlich starken Besuch zu verzeichnen.

Speiseeissteuer ist ungesetzlich

Karlsruhe (Jwb). Der Verwaltungsgerichtshof Karlsruhe hat die von der Stadtverwaltung Heidelberg beschlossene Erhebung einer Speiseeissteuer für ungesetzlich erklärt. Die entsprechenden Anordnungen der Stadt Heidelberg vom 2. Februar 1950 sind nach dem Beschluß des Verwaltungsgerichtshofes ungültig. Eine Besteuerung des Speiseeises ist aus rein gesetzlichen Gründen nicht zulässig. Eine endgültige Regelung dieser Angelegenheit habe sich der Bund vorbehalten.

Polizeibeamter verurteilt

Karlsruhe (SWK). Der Polizeibeamte Schermer wurde vom hiesigen amerikanischen Militärgericht zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt. Schermer hatte Ende November vorigen Jahres bei einer Auseinandersetzung zwischen amerikanischen Soldaten und deutschen Zivilisten einen Amerikaner angegriffen und leicht verletzt.

Personenzug rammt Omnibus

Karlsruhe (Jwb). Sechs Personen wurden zum Teil schwer verletzt, als bei Karlsruhe-Mühlburg ein Personenzug den Anhänger eines Omnibusses ramnte. Der Unfall ereignete sich an einer unmittelbar vor den Schranken des Bahnüberganges liegenden Omnibushaltestelle, an der fünf Omnibusse mit Anhängern parkten, wobei der Anhänger eines Omnibusses zur Hälfte auf den Schienen stand. Dadurch war es dem Schrankenwärter nicht möglich, die Schranken zu schließen. Einem großen Teil der Fahrgäste gelang es jedoch, den Anhänger noch rechtzeitig zu verlassen.

Aus der badischen Heimat

Dank Badens an die Schweiz

Wohleb appelliert an die Bevölkerung Freiburg (Jwb). Als sichtbaren Beweis der badischen Dankbarkeit für die Schweizer Hilfe während der Notjahre nach 1945 hat die badische Regierung die Errichtung eines Denkmals beschlossen. Das aus Schwarzwaldgestein gestaltete Kunstwerk soll in der Stadt Basel aufgestellt werden. Staatspräsident Wohleb hat die badische Schuljugend zu einer Spendensammlung für das Denkmal aufgerufen. Wohleb erklärte, die hochherzige Hilfeleistung, für die dem gesamten Schweizer Volk Dank und Bewunderung gebühre, sei in besonderem Maße der badischen Jugend zugute gekommen. Nun werde der badischen Jugend Gelegenheit gegeben, ihrer Dankbarkeit Ausdruck zu verleihen. Wohleb wird die Bevölkerung Badens in einem Aufruf über den Südwestfunk bitten, sich an der Aufbringung der Geldmittel für das Denkmal des badischen Dankes an die Schweiz zu beteiligen.

Neue Phase der Rückerstattung

Schwere Bedenken der Landesbezirksstelle

Stuttgart (Jwb). Die Rückerstattung des im Dritten Reich beschlagnahmten oder „arisiert“ jüdischen Eigentums ist in eine neue Phase getreten. Der amerikanische Hohe Kommissar hat den drei Ländern im amerikanischen Besatzungsgebiet Deutschlands nahegelegt, der JRSO (Jewish Restitution Successor Organisation) alle Rückerstattungsansprüche abzukufen. Das Land Hessen hat einen solchen Vertrag mit der JRSO abgeschlossen und sich bereit erklärt, für einen Pauschalbetrag die Rückerstattungsansprüche abzukufen. Bayern verhandelt zur Zeit noch. Das Land Württemberg-Baden würde mit einem solchen Vertrag finanzielle Verpflichtungen von insgesamt etwa 25 Millionen DM übernehmen müssen.

Der Leiter der Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung, Rechtsanwalt Küster, hat gegen den Beschluß eines Vertrages mit der JRSO ernste Bedenken erhoben. Küster bemerkte, der Grimm der ohnehin schon eroberten Bürger und Bauern würde keine Grenzen mehr kennen, wenn nun der eigene Fiskus anfinge, ihnen den Prozeß zu machen. Vor kurzem ist eine Zeitung wegen Beleidigung angeklagt worden, weil sie die Namen — nur die Namen! — derjenigen veröffentlicht hatte, die Restitutionsanträge eingereicht hatten. Die Liste dieser Antragsteller mit der Höhe der beantragten Beträge und der Begründung lag öffentlich aus. Dieser Tage ist ferner der Inspektor eines südwürttembergischen Landratsamtes auf Weisung des Innenministeriums von Württemberg-Hohenzollern seines Amtes entbunden worden, weil er von der gleichen Liste seines Kreises Abschriften hergestellt und diese seinen Bekannten zugänglich gemacht hatte — von einer Liste, die, wie gesagt, öffentlich zur Einsichtnahme auslag. Der Grund für beide Vorfälle kann nur der gewesen sein, daß die Antragsteller mit dem öffentlichen Bekanntwerden ihrer Anträge nicht einverstanden waren. Das Interesse für den Inhalt dieser Listen ist in der südwürttembergischen Öffentlichkeit durch den Fall Auerbach in Münden und die Verurteilung des Bürgermeisters einer Gemeinde bei Landsberg wegen der Fälschung von Aufenthaltsbestätigungen beträchtlich gewachsen.

Amerikanische Bauvorhaben

Vergabung durch deutsche Stellen nötig. Stuttgart (Jwb). Der Wirtschafts- und Verkehrsausschuß des württembergischen Landtags sprach sich dafür aus, daß Bauvorhaben der amerikanischen Besatzungsmacht und sonstige Aufträge für Besatzungsleistungen künftig deutschen Stellen zur Vergabung übertragen werden. Die deutschen Stellen sollen die Aufträge nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten vergeben und dabei gleichzeitig für eine Senkung der Besatzungskosten sorgen. Der Beschluß des Ausschusses geht auf Eingabe des Württ.-Badischen Handwerksrats zurück.

Staatliche Aufträge für die Schotterindustrie sollen künftig über das ganze Jahr verteilt werden, um so in der Natursteinindustrie Arbeitsmangel in den Frühjahrsmonaten und Arbeitsanhäufungen in den Sommer- und Herbstmonaten vermeiden zu können. Zwei Eingaben der Waiblinger Gewerkschaften über Mißstände im Berufsverkehr und des Sindelfinger Bürgermeisters über Elektrifizierung der Gsbahn wurden bis zum Vorliegen des neuen Etats zurückgestellt.

CDU gegen Dr. Maier Schnaiter Rede

Stuttgart (Jwb). Die CDU-Fraktion hat im württemberg-badischen Landtag eine Anfrage eingebracht, die mit der Rede des Ministerpräsidenten in Schnait zusammenhängt. Dr. Maier hatte dort u. a. erklärt, daß General Eisenhower mit seinem Bericht über seine Europareise Dr. Adenauer „das Spielzeug der Remilitarisierung“ aus der Hand genommen habe. Damit sei eine grandiose politische Spekulation des Bundeskanzlers zusammengebrochen. Die CDU stellt an Dr. Maier die Frage, ob er es als Ministerpräsident verantworten könne, die Sicherheitspolitik der Bundesregierung als „grandiose politische Spekulation“ zu bezeichnen. Ferner wird um Auskunft darüber gebeten, ob das Kabinett diese Ausführungen des Ministerpräsidenten billige.

Neue Proteste gegen „Die Sünderin“

Stuttgart (Jwb). Die „Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Säuberung des öffentlichen Lebens“ hat die Filmtheaterbesitzer gebeten, von einer Aufführung des Willi-Forst-Films „Die Sünderin“ abzusehen, da der Film in unverantwortlicher Weise den Selbstmord und die Prostitution als legalen Ausweg aus einer Notlage nahelege. Auch in Pforzheim haben die evangelische und die katholische Kirche gegen die Vorführung des Films Stellung genommen. Sie begründen ihre ablehnende Haltung mit dem Hinweis, daß in dem Film die Kunst um materieller Interessen willen zur Schädigung der Seelen mißbraucht worden sei.

Burneilet bedauert Haltung des Landtags

Stuttgart (Jwb). Der DVP-Abgeordnete Dr. Burneilet bedauerte in einer Erklärung, daß der württemberg-badische Landtag nicht in der Lage gewesen sei, über das ernste Problem der Landsberghäftlinge sachlich zu diskutieren. Dr. Burneilet war im Landtag von SPD-Abgeordneten niedergeschrien worden, als er erklärte, daß unter den nichtbegnadigten Landsberghäftlingen einige seien, deren Hinrichtung ein Justizmord wäre. „Weder mir noch irgend einer anderen Persönlichkeit“, die für die Insassen der Festung Landsberg, insbesondere für die sieben zum Tode Verurteilten, eintreten, geht es darum, begangenes Unrecht und begangenes Verbrechen zu beschönigen, Voraussetzung für jede rechtsstaatliche Entwicklung sei jedoch, daß alle Personen, denen Verbrechen zur Last gelegt werden, ungeachtet ihrer Nationalität und ihrer politischen Veranlassung,

vor Gerichtshöfen gestellt werden, die mit einheitlichen Methoden nach einheitlichem Gesetz Recht sprechen. Die Landsberger Urteile seien von vielen unabhängigen Persönlichkeiten, auch von amerikanischen Richtern, scharf kritisiert worden. So könne man befürchten, daß die Vollstreckung der Todesstrafe, zum Beispiel im Falle Schmidts oder Naumanns, einem Justizmord gleichkäme. Es gehe darum — betonte Burneilet — das amerikanische Volk, das in seiner übergroßen Mehrheit ebenso rechtlich denke wie das deutsche, „vor möglichen gleichen kollektivistischen Anschuldigungen zu bewahren, wie sie die Mehrzahl der anständigen und rechtlich denkenden Deutschen nach 1945 über sich ergehen lassen mußte“.

Gefängnis für gefährlichen Messerweiden

Ludwigsburg (Jdn). Das Schöffengericht verurteilte den 28 Jahre alten Weingärtner zu 18 Monaten Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung. Weingärtner hatte anlässlich eines Leichenbenschmauses seinen Onkel und dessen Schwiegersohn ohne überzeugenden Grund mit einem feststehenden Messer angegriffen und dem Schwiegersohn einen Stich in die Lendengegend versetzt. Den Onkel, der sich mit einem Taschenmesser wehrte, stach er in die Hand und in die Herzgegend. Der Angeklagte war erst vor kurzem aus der Haftanstalt entlassen worden, nachdem er zwei Jahre und sechs Monate wegen eines gleichen Delikts gesessen hatte. Damals hatte Weingärtner ohne jeden Grund einen Rußlandheimkehrer mit dem Messer in die Halschlagader gestochen, so daß der Mann innerhalb weniger Minuten verblutete.

Ergebnislose Großfahndung

Pirmasens (Jdn). Eine Großfahndung der pfälzischen Landespolizei nach den beiden Schwerverbrechern Flickinger und Dehaut, die vor zwei Wochen aus der Strafanstalt Gernersheim entwichen waren, wurde in den späten Nachmittagsstunden des Donnerstag ergebnislos abgebrochen. Den Polizeieinheiten gelang es nicht, die beiden Gesuchten in dem Gelände um den Ortsteil Neumühle aufzufahren. Auch eine eingehende Untersuchung der Häuser in Neumühle und der umliegenden Dörfer blieb ohne Erfolg. Die Aktion, bei der 500 Polizisten eingesetzt waren, hatte in den frühen Morgenstunden des Donnerstag begonnen.

Sieben Jahre für Gewohnheitsverbrecher

Kaiserslautern (Jdn). Das Schwurgericht Kaiserslautern verurteilte den 34jährigen Dorstmüller aus Monsheim als gemeingefährlichen Gewohnheitsverbrecher zu sieben Jahren Zuchthaus, Sicherungsverwahrung und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sieben Jahren. Der Angeklagte hatte am 18. März 1949 das einmorgelige Forsthaus Pfalz überfallen und in Abwesenheit des Försters die Förstersfrau durch zwei Messerstücke erheblich verletzt. Seine Diebstahlsabsichten wurden durch das Dazwischentreten der Tochter der Überfallenen verhindert. Weiter hat Dorstmüller am 28. Mai 1950 eine junge Radfahrerin überfallen, sie auf einen Acker geschleppt, dort gewürgt, geschlagen und durch zwei Messerstücke in den Hals verletzt. Anschließend hatte sich der Angeklagte die Armbanduhr und das Geld der Überfallenen angeeignet und sie zu vergewaltigen versucht. Der Angeklagte stammt aus einer als sozial geltenden Familie. Er gab seine Taten ohne jede Bewegung zu.

Exemplarische Strafen für Metalldiebe

Mainz (Jdn). Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern von Rheinland-Pfalz fordert in einer Eingabe an das Justiz- und Kultusministerium eine schnelle und empfindliche Aburteilung von Metalldieben. Es wurde gleichzeitig empfohlen, auf die Polizei einzuwirken, daß sie derartigen Diebstählen mit größter Energie nachgeht und darüber hinaus den Altmaterialhandel überwacht. Auch eine Bewaffnung der Nachtwächter wird gefordert, da die zunehmende Verknappung

gerade der Neumetalle ein Zunehmen der Diebstähle befürchten lasse.

DLG verteilt „Bundesiegerpreis für Wein“

Koblenz (Jd). Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft nimmt in diesem Jahre wieder die Weinprämierung der früheren DLG auf. Zugelassen sind nur selbsterzeugte, vergorene, naturreine Weine der Jahrgänge 1945, 46, 47, 48 und 49 der Erzeuger- und Winzergenossenschaften der Deutschen Bundesrepublik. Die mit einem Siegerpreis ausgezeichneten deutschen Weine der deutschen Weinbaugebiete treten nochmals in einen Wettbewerb ein, wobei der beste Wein mit dem „Bundesiegerpreis für Wein“ des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ausgezeichnet wird. Generalbevollmächtigter für die Weinprämierung ist Weinbaudirektor Oberregierungsrat a. D. Garais, Eltville.

Notzuchtverbrechen nehmen überhand

Stuttgart (Jwb). Dem Protest des Stuttgarter Hausfrauenverbandes gegen den Freispruch des amerikanischen Bezirksgerichts in Sachen Notzuchtverbrechen, hat sich nunmehr auch der „Arbeitskreis junger Stuttgarter Frauen“ angeschlossen. In einer Erklärung des Arbeitskreises heißt es, das Urteil stelle in seiner Begründung eine Verletzung der Menschenwürde dar, die eines US-Gerichtes unwürdig sei. Die Einstellung des Gerichts, die in diesem Urteil zum Ausdruck komme, bedeute einen Freibrief für weitere derartige Verbrechen, die ohnehin überhand nähmen. Der Arbeitskreis erwartet daher eine Revision des Urteils. Die Erklärung ist auch dem amerikanischen Landeskommissar für Württemberg-Baden, Charles P. Gross, und dem württembergischen Frauenparlament zugegangen. Die amerikanische Staatsanwaltschaft hat beim amerikanischen Bezirksgericht in Stuttgart die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den Griechen Kawalides beantragt. Kawalides war von der Anklage des Notzuchtverbrechens an einem 26jährigen Mädchen freigesprochen worden.

Jugendliche Diebesbande

Ludwigsburg (Jwb). In Ludwigsburg wurde eine fünfköpfige Einbrecherbande festgenommen, der Jungen im Alter von elf bis 13 Jahren angehören. Die Jugendlichen haben seit Oktober 1950 drei schwere Diebstähle und zwei einfache Diebstähle begangen.

Hat man sie nirgends vermißt?

Heidenheim (Jwb). Im Heidenheimer Krankenhaus starb dieser Tage eine 21jährige Haushilfin, die in einem Stall in der Ortschaft Steinheim herwütlos aufgefunden worden war. Nach den Feststellungen der Landespolizei hatte das Mädchen bereits mehrere Tage in dem Stall gelegen, ehe es aufgefunden wurde. Über die näheren Umstände wurde bisher nichts bekannt.

Das bringt noch was ein

Balingen (Jds). Zwei Schwindler, die augenblicklich im Kreis Balingen ihr Unwesen treiben, geben auf den Bauernhöfen vor, daß sie im Auftrag des staatlichen Gesundheitsamtes den Viehbestand gegen Tuberkulose zu impfen hätten. Die beiden Gauner lassen sich gut honorieren und verschwinden nach erfolgter „Impfung“, bei der es sich nur um eine wertlose Wasserinjektion handelt.

Er bekam es mit der Angst zu tun

Sigmaringen (Jds). Ein im Sigmaringer Gefängnis untergebrachter Untersuchungsgefangener der entflohen, aber bald darauf nach einem Ringkampf mit dem verfolgenden Kriminalbeamten wieder dingfest gemacht worden war, verübte einen Selbstmordversuch. In seiner Zelle öffnete er sich — wahrscheinlich mit der Metallschnalle seiner Holzschuhe — die Adern in der Armbeuge. Nachdem er bereits mehrere Liter Blut verloren hatte, rief er jedoch um Hilfe. Bei dem Gefangenen, der in das Landeskrankenhaus eingeliefert wurde, handelt es sich um ein Mitglied der Saulgauer Einbrecherbande.

Kreuz und quer durch Baden

Sperrfristen für die Einfuhr von Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen forderte der Badische Gartenbauverband in Karlsruhe. Wenn die bisherige Einfuhr von Gartenbauerzeugnissen aufrechterhalten werde, würde der badische Gartenbau seine volkswirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen können.

Lang entbehrt
"MOKRI"
besser denn je!
»Die TRADITIONS-ZIGARETTE der LANDE GmbH MÜNCHEN«

Blitzlichter AUS ALLER WELT



Tumult um Graf Einsiedel
Heimkehrer beschuldigten ihn in Stuttgart, am Tode Kriegsgefangener mitschuldig zu sein



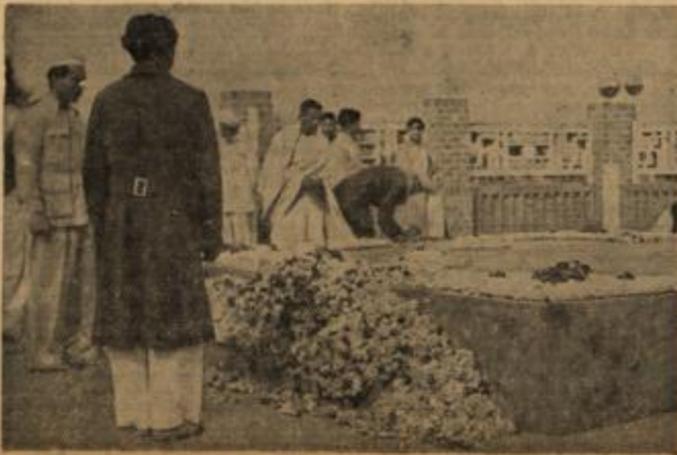
Neue Hängebrücke über den Rhein
Die Arbeiten an der Hängebrücke zwischen Köln und Mülheim machen gute Fortschritte



Sohn des Bundeskanzlers feierte Primiz
Paul Adenauer, ein Sohn des Bundeskanzlers, zelebrierte in Rhöndorf seine erste Messe



Eisenbahnkatastrophe bei New York
81 Todesopfer und über 500 Verletzte forderte ein Eisenbahnunglück in der Nähe New Yorks



Indien gedenkt seines größten Toten
Der dritte Todestag Mahatma Gandhis, des Vorkämpfers für Indiens Freiheit, wurde in ganz Indien feierlich begangen. Am Gedenkstein des „Vaters der Nation“ legten zahllose Inder Blumen nieder



Nachschub aus der Luft in Korea
Wo der Nachschub für die Truppen in Korea durch verschlammte oder vereiste Straßen nicht mehr aufrechterhalten werden kann, springt die Luftwaffe ein. Aus den Transportmaschinen regnen Versorgungsgüter an Fallschirmen zur Erde nieder, wo sie „aufgelassen“ werden



Die „Märchenprinzessin“ aus Persien
Der Schah von Persien heiratete die 19jährige Tochter eines Persers und einer Deutschen



Wiederaufbau des Hüttenwerks Niederrhein?
Unser Bild zeigt das Werk, das nach seiner „Remontierung“ in der Lage wäre, monatlich 6000 bis 7000 Tonnen Grobblech herzustellen



Ein Schmuggler fürstlichen Geblüts
Wegen Uhrenschmuggels wurde Prinz Hans von Liechtenstein in Lürach verurteilt



Halder als Zeuge im Huppenkothen-Prozess
Der ehemalige Generalstabchef des deutschen Heeres, Franz Halder (links) wurde als Zeuge im Huppenkothen-Prozess vor dem Münchener Schwurgericht vernommen. Hier schildert er die Lagerverhältnisse im Lager Flausenburg



33 Heimkehrer aus Polen eingetroffen
In Helmstedt trafen 33 Deutsche, von Warschau kommend, ein, die 1947 als „Kriegsverbrecher“ an Polen ausgeliefert worden waren. Von Helmstedt aus werden sie über das Entlassungslager Friedland in ihre Heimat zurückkehren

Wieder: doo